



Sitzungsniederschrift

Rat der Stadt Norderney

Sitzungsort:	Conversationshaus, Weißer Saal, Am Kurplatz 1	
Sitzungsdatum:	07.05.2019	Niederschrift gefertigt am: 22.05.2019
öffentlich	Beginn: 18.00 Uhr	Ende: 19.25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

RV Manfred Hahnen

Stimmberechtigtes Mitglied

2. stv. BM Jann Ennen
BG Stefan Wehlage
RM Hayo F. Moroni
BG Bernhard Onnen
BM Frank Ulrichs
RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann
RM Anfried Hauschild
RM Tobias Schnippering
RM Anke Dröst
RM Jens Podein
BG Axel Stange
RM Reinhard Kiefer
RM Jutta Wunsch
1. stv. BM Henning Padberg
stv. RV Silvia Selinger-Hugen

Von der Verwaltung

AV Holger Reising
StAR Jürgen Vißer
StAR Andreas Goldberg
Dipl.-Ing. Frank Meemken
VFW Stefanie Lübbers
Mario Weidemann B. A.
VFW Hans Joachim Raß

Schriftführer

Verw.-Angest. Irene Köß

Entschuldigt fehlen:

BG Johannes Terfehr

Tagesordnung

6. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
7. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.03.2019 - öffentlicher Teil
8. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
9. Haushalt für das Jahr 2019 und Investitionsprogramm 2019 bis 2022
10. Mitteilungen der Verwaltung
11. Anfragen und Anregungen
12. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 6. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

RV Hahnen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 7. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.03.2019 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung vom 26.03.2019 wird mit 15 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

TOP 8. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

BM Ulrichs gibt bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung beschlossen worden sei, eine Anwärtlerin für den gehobenen Verwaltungsdienst einzustellen.

TOP 9. Haushalt für das Jahr 2019 und Investitionsprogramm 2019 bis 2022

2. stellv. BM Ennen trägt den heute eingegangenen Antrag von CDU/FDP, SPD und FWN in Kurzform vor:

Die halbe Stelle für die Digitalisierung sei zu streichen. Die Stelle für den Datenschutzbeauftragten sei im Stellenplan als Vollzeitstelle deklariert. Man solle sich darauf verständigen, dass dies so bleiben könne, die Kosten allerdings mit dem Staatsbad geteilt würden. Außerdem sollten bei drei Positionen Schwerpunkte gesetzt werden, ohne dass eine neue Haushaltsstelle zu bilden sei: Ertüchtigung des Ruppertsburger Wäldchens (10 T€), Planungskosten Rad- und Wanderwege – insbesondere im Inselosten - (10 T€) und Planung und Anschaffung von Fahrradständern (5 T€). 2020 solle die Stelle eines Städteplaners im Stellenplan aufgenommen werden.

BM Ulrichs weist darauf hin, dass in vier Sitzungen der Haushalt Thema gewesen sei. Der Antrag sei erst heute Nachmittag eingegangen. Dennoch habe man sich intensiv damit beschäftigt. Die Stelle für die Digitalisierung umfasse Aufgaben wie das Einscannen der Posteingänge und die Zurverfügungstellung über die EDV. Das Jahr sei schon weit fortgeschritten, und deshalb könne man in 2019 auf die Stelle verzichten. Hinsichtlich der Stelle für den Datenschutzbeauftragten sei beabsichtigt, diese hälftig mit dem Staatsbad zu teilen. Die Kosten für die Ertüchtigung des Ruppertsburger Wäldchens, die Planungskosten für Rad- und Wanderwege sowie die Planung und Anschaffung von Fahrradständern seien im Haushalt berücksichtigt, auch wenn keine eigene Haushaltsstelle dafür gebildet worden sei. Intern werde eine Mitarbeiterin zur Städteplanerin fortgebildet. Man werde in 2020 eine gute Lösung für die Städteplanung finden.

Die anschließende Haushaltsrede von BM Ulrichs ist der Niederschrift beigelegt.

2. stellv. BM Ennen stellt in seiner Haushaltsrede fest, dass die CDU/FDP dem Haushalt zustimmen werde. Er hoffe, dass die Neuregelung der Grundsteuer nicht zu Nachteilen für die Kommunen führen werde. Hinsichtlich der Verkehrsfläche am Hafen hätte er sich gewünscht, dass die Reederei sich als Nutznießer der Baumaßnahmen an den Kosten beteiligt hätte. Der Schuldenstand liege bei über 27 Mio €, und dies bereite den Bürgern Sorgen. Dennoch mache es keinen Sinn, den Haushalt abzulehnen und handlungsunfähig zu sein. Er bedankt sich für die Gruppe CDU/FDP ausdrücklich bei den städtischen Mitarbeitern, die den Haushaltsentwurf unter widrigen Umständen erarbeitet hätten.

Die Haushaltsrede von BG Stange ist der Niederschrift beigelegt.

BG Wehlage beklagt, dass erst am heutigen Nachmittag ein Antrag für die heutige Haushaltssitzung eingegangen sei. Der interessanteste Punkt in diesem Antrag sei, das Mannschaftstransportfahrzeug der Feuerwehr zu streichen, dessen Neuanschaffung schon in Auftrag gegeben worden sei. Eine Mitarbeiterin der Stadt mache zurzeit eine Ausbildung zur Städteplanerin, die sie im nächsten Jahr abschließen. Im Antrag sei vorgesehen, für dieses Jahr einen Städteplaner einzustellen. Dies sei ein Affront gegen diese Mitarbeiterin. Ihm sei angst und bange wegen der Zukunft der Stadt, wenn 2. stellv. BM Ennen eines Tages zum Bürgermeister gewählt werden sollte.

Die folgende Haushaltsrede von BG Wehlage ist der Niederschrift beigelegt.

BG Onnen teilt mit, dass die FWN dem Haushalt zustimmen werde, schließt sich im Übrigen den Haushaltsreden von BG Stange und 2. stellv. BM Ennen an und distanziert sich von der Haushaltsrede des BG Wehlage.

Beschluss

Dem Haushaltsplan der Stadt Norderney für das Haushaltsjahr 2019 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2019 bis 2022 sowie dem Wirtschaftsplan des städtischen Eigenbetriebes „Technische Dienste Norderney“ wird unter Berücksichtigung der in der nichtöffentlichen und öffentlichen Sitzung besprochenen Änderungen zugestimmt.

13 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

3 Enthaltungen

TOP 10. Mitteilungen der Verwaltung

BM Ulrichs teilt mit, dass vor 14 Tagen der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke das Ergebnis der Prüfung hinsichtlich der Mach- und Finanzierbarkeit des Baus eines neuen Verwaltungsstandorts auf dem Grundstück des Hauses der Insel vorgestellt worden sei. Man sei leider zu dem Ergebnis gekommen, dass ein neues Rathaus – finanziert durch den Verkauf eines Grundstücks für ein Hotel – finanziell nicht darstellbar sei.

Die Fraktionen müssten sich deshalb damit befassen, inwieweit eine Mischung aus Wohnen und Gewerbe/Einzelhandel an dem Standort möglich sei.

Wegen der beengten Verhältnisse im Rathaus werde zurzeit geprüft, ob mittelfristig eine Erweiterung des Rathauses im nördlichen Bereich des Georgsgartens (Grüngürtel an der Wilhelmstraße) machbar sei. Gedacht werde hier an einen kleinen Anbau. Das Thema Denkmalschutz müsse berücksichtigt werden, weil man sich in einem denkmalgeschützten Bereich befinde.

TOP 11. Anfragen und Anregungen

a) RM Podein fragt, warum beim Produkt Standesamt im Haushaltsplan 166 T€ Aufwendungen nur 60 T€ Erträge gegenüberstünden. BM Ulrichs erläutert, dass das Standesamt durch hohe Personalkosten gekennzeichnet sei. Für Hochzeiten fielen Gebühren an. In den letzten Jahren habe es bis zu 400 Hochzeiten/Jahr gegeben. Es sei nicht möglich, das Betriebsergebnis zu verbessern. Ihm sei kein Standesamt bekannt, in dem kostendeckend gearbeitet werden könne.

1. stellv. BM Padberg fragt, ob die Gebühren gesetzlich festgelegt seien. BM Ulrichs bejaht dies. Nur bei besonderen Wünschen seien kleine Aufschläge möglich. 1. stellv. BM Padberg bemängelt, dass Norderneyer aufgrund des „Hochzeitstourismus“ Schwierigkeiten hätten, einen freien Termin zum Heiraten zu finden. Wenn das Standesamt sowieso nicht kostendeckend arbeite, könne man das Engagement etwas zurückfahren. BM Ulrichs antwortet, dass immer versucht werde, Wünsche von Norderneyern zu berücksichtigen. Er selbst werde in diesem Jahr die Trauung eines Norderneyer Paares vornehmen.

b) BG Onnen schlägt vor, einen gemeinsamen Termin mit dem Vorstand der Reederei und dem Verwaltungsausschuss zu vereinbaren, um zu besprechen, welche Pläne die Reederei auf Norderney habe bzw. wie sich die Ausweitung des klassischen Geschäftsfeldes der Reederei auf der Insel auswirke. BM Ulrichs notiert den Hinweis. RM Aldegarmann macht darauf aufmerksam, dass zu Ostern 20.000 Tagesgäste auf der Insel gewesen seien. Die E-Bikes könnten Norderney überschwemmen, wenn man nicht dringend mit der Reederei spreche und einen Plan für die Zukunft mache.

c) RM Podein fragt, ob hinsichtlich der Vermietung von Fahrrädern durch die Reederei von Seiten des Landkreises Aurich ein Schreiben an die Reederei gerichtet worden sei. BM Ulrichs antwortet, dass man nicht über ein Verwaltungsverfahren, von dem die Stadt Norderney Kenntnis habe, in einer öffentlichen Sitzung Auskunft geben könne.

RM Podein erkundigt sich, ob die Vermietung von Fahrrädern am Hafen zulässig sei. Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass der Bebauungsplan für das Hafenterminal die gewerbliche Vermietung von Fahrrädern nicht zulasse. RM Selinger-Hugen fragt, wer in einem solchen Fall zuständig sei. BM Ulrichs antwortet, dass der Landkreis Aurich als Bauaufsichtsbehörde zuständig sei.

d) RM Podein bezieht sich darauf, dass RM Wehlage in der Haushaltsdebatte von einem Affront gegen eine Mitarbeiterin der Stadt gesprochen habe (Ausschreibung Position Städteplaner). Er meint, dass RM Wehlage auch den Flyer von BM Ulrichs habe kritisieren können, in dem stehe: „Seit Beginn der aktuellen Ratsperiode haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Rat verändert, worunter das gemeinsame Fortkommen und unsere Außendarstellung leiden.“ Dies könne man als Affront gegenüber den neuen Ratsmitgliedern von der FDP empfinden.

TOP 12. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Herr Jentsch spricht an, dass 2. stellv. BM Ennen in der Presse den späten Abriss des Kurmittelhauses und die dadurch entstandenen Mehrkosten kritisiert habe. Er meint, dass das Kurmittelhaus ein „Mahnmal“ gewesen sei, weil RM Aldegarmann durch seine frühere Rathauspolitik zu dem heutigen Desaster maßgeblich beigetragen habe. Er fragt 2. stellv. BM Ennen, ob ihm dies nicht bei seiner Kritik aufgefallen sei. 2. stellv. BM Ennen antwortet, dass der Abriss damals 50 T€ gekostet hätte, heute seien es 1,6 Mio €. Dies sei verschiedenen Umständen geschuldet. Er beschäftige sich seit 17 Jahren mit diesem Thema. RM Aldegarmann sei ca. 3 ½ Jahre nach der Kommunalisierung noch Bürgermeister gewesen. Man müsse sich fragen, was schwerer wiege, die ersten 3 ½ Jahre oder die restlichen 14 Jahre. Er bietet an, Herrn Jentsch die Angelegenheit außerhalb der Sitzung genauer zu erklären.

BM Ulrichs erklärt, dass auch er nur einer von 17 Gesellschaftern sei und demnach nicht allein entscheiden könne, ob solch ein Haus abgerissen werde oder nicht. Im Übrigen sei das ehemalige Kurmittelhaus nicht im städtischen Eigentum gewesen. Jahrelang habe das Ziel gelautet, den Abriss durch einen zukünftigen Investor bezahlen zu lassen. Ab 2006 habe er als AV des damaligen Bürgermeisters jahrelang die „unselige Geschichte“ mit Dr. Jensen aufräumen müssen. Als er 2011 selbst zum Bürgermeister gewählt worden sei, habe er erneut versucht, das Projekt auf neue Beine zu stellen. Leider sei ihm dies unverschuldet nicht geglückt.

RV Hahnen bittet Herrn Jentsch darum, sachliche Fragen zu stellen und keine Fragen, die im Zusammenhang mit dem Wahlkampf stünden.

b) Herr Jentsch weist darauf hin, dass in der Wahlkampf-Broschüre von 2. stellv. BM Ennen stehe: „Ich wünsche mir, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt aktiv mitreden und mitentscheiden.“ Bei der Abstimmung über die beantragte Einwohnerbefragung zum Projekt „Gartenstadt“ habe er allerdings mit Nein gestimmt. Dies sei für ihn ein Widerspruch. Er bittet um eine Erklärung. 2. stellv. BM Ennen antwortet, dass er sich bei der Abstimmung enthalten habe. Sein Abstimmungsverhalten stelle keinen Widerspruch dar zu seiner Aussage in der Broschüre. Für ihn sei erstens Wählen ein Recht und eine Pflicht zugleich. Er wirbt zweitens dafür, dass möglichst viele für eine Mitgliedschaft im Rat kandidieren, weil dies zeige, dass jemand sich für andere einsetzen wolle.

c) Herr Jentsch spricht an, dass RM Moroni den Abriss des Hauses der Insel als Vernichtung von Vermögen i. H. v. 10 Mio € bezeichnet habe. Er habe eine Bürgerbefragung gefordert vor einer Entscheidung über den Abriss, weil das Haus den Bürgern und nicht der Verwaltung gehöre. Herr Jentsch stellt fest, dass er von RM Moroni dazu nichts mehr gehört habe, und fragt, ob RM Moroni seine Meinung revidiert habe. RM Moroni antwortet, dass die Entwicklung weitergegangen sei. Seine Aussage habe er in der Wahlperiode 2006 – 2011 gemacht. In der folgenden Wahlperiode sei er nicht im Rat gewesen. 13 Jahre lang sei an dem Haus nichts gemacht worden. Alle Probleme seien hausgemacht. Die Mehrheit der Gesellschafterversammlung habe nun festgestellt, dass das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen in keiner Weise mehr stimme. Ihm tue es leid, dass das Haus diese Entwicklung genommen habe.

d) Herr Jentsch stellt fest, dass RM Moroni vor der letzten Kommunalwahl gesagt habe, für eine Mitgliedschaft im Rat kandidierten Personen, die für die Fehler der Vergangenheit verantwortlich seien. Trotzdem habe er RM Aldegarmann zum Vorsitzenden des Ausschusses für Bauen und Umwelt mitgewählt und unterstütze jetzt 2. stellv. BM Ennen bei seiner Kandidatur für das Bürgermeisteramt.

RM Moroni meint, dass es in der Politik kein Wunschkonzert gebe. Vielmehr müsse man mit den Personen, die den Rat bildeten, klarkommen und im Rat zu Entscheidungen kommen. Es gebe einen Spruch „Wer allzu lange in den Rückspiegel schaut, fährt gegen die Wand.“

BM Ulrichs gibt bekannt, dass voraussichtlich am 15. Mai um 19 Uhr eine Podiumsdiskussion mit den Bürgermeisterkandidaten im Conversationshaus stattfinden werde.

e) Herr Jentsch fragt, ob BM Ulrichs etwas sagen könne zu dem von GF Loth angeregten Arbeitskreis, der sich mit der zukünftigen Entwicklung Norderneys befassen solle. BM Ulrichs antwortet, dass es zu diesem Arbeitskreis bisher weder eine Einladung noch einen festgelegten Teilnehmerkreis gebe. Nach seinem Verständnis solle es sich nicht um ein außerparlamentarisches Gremium handeln, in dem Politik gemacht werde.

RV Hahnen unterbricht Herrn Jentsch mit dem Hinweis, dass in der Einwohnerfragestunde nicht diskutiert werden solle.

f) Frau Daege fragt RM Wehlage, wie er dazu komme, 2. stellv. BM Ennen für die Schulden verantwortlich zu machen. RM Wehlage antwortet, dass die CDU im Rat in den letzten Jahren jedem Haushalt zugestimmt habe. Sie sei mitverantwortlich dafür, wie die Kommunalisierung abgelaufen sei. Diese habe uns einen großen Schuldenberg hinterlassen. Das Altenheim sei verschenkt worden, und die Stadt habe es für viel Geld zurückkaufen müssen. Frau Daege widerspricht RM Wehlage in diesem letzten Punkt.

RV Hahnen stellt fest, dass in der Einwohnerfragestunde keine Diskussion gewünscht sei. Er behalte sich vor, die Sitzung andernfalls zu schließen.

RM Wehlage bietet Frau Daege an, sich nach der Sitzung mit ihr zu unterhalten.

g) Frau Rass fragt, ob RV Hahnen die Geschäftsordnung richtig auslege. RV Hahnen antwortet, es sei nicht Aufgabe von Frau Rass, dies jetzt zu prüfen. Frau Rass erkundigt sich, ob die Geschäftsordnung nicht im Hinblick auf Bürgerfreundlichkeit so geändert werden könne, dass Bürger nicht gezwungen seien, ihre Anliegen als Frage zu formulieren. Vielmehr könne man zulassen, dass jeder sich zu bestimmten Punkten äußern könne. RV Hahnen meint, dass man die Geschäftsordnung ändern könne, sie jedoch im Moment so bestehe, wie sie sei. In der letzten Ratssitzung habe Frau Rass nicht den Eindruck gemacht, dass sie die Geschäftsordnung kenne.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung, ohne weitere Fragen zuzulassen.

Hahnen
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Köß
(Protokollführerin)